

Märzrundschau

von Martin Bauer

Sozialwissenschaftliche Leseempfehlungen, kurz notiert

Am 16. April wurden in New York die Pulitzer-Preise zum 102. Mal vergeben. Die Goldmedaille in der Kategorie „public service“ – sie gilt als die ehrenvollste – erhielten in diesem Jahr der *New Yorker* und die *New York Times*. Zwei Journalistinnen der *New York Times*, Jodi Kantor und Megan Twohey, wurden für ihre am 5. Oktober 2017 veröffentlichte Reportage über Harvey Weinsteins Anstrengungen geehrt, Frauen, die ihm sexuelle Belästigungen vorwarfen, mundtot zu machen. Der studierte Jurist Ronan Farrow, Sohn von Mia Farrow und Woody Allen, bekam seine Medaille für eine zweite Reportage über den Hollywood-Mogul, die fünf Tage später im *New Yorker* erschien. Der minutiös recherchierte Bericht deckte auf, dass weitere Anklagen gegen Weinstein im Raum standen und zwar nicht nur wegen sexueller Belästigung, sondern auch wegen Vergewaltigung. Farrow zeichnete detailliert die dubiosen Methoden nach, derer sich Weinstein bediente, um durch Anwälte, den Einsatz von Privatdetektiven und ihm gewogene Printmedien wie den *National Enquirer* an Informationen zu gelangen, mit denen er Frauen und Journalist*innen, die im Begriff waren, seine jahrzehntelangen Machenschaften offen zu legen, unter Druck setzen und daran hindern konnte, sich öffentlich zu äußern. Nicht zuletzt dieser Artikel sowie weitere Enthüllungen, die Farrow in den folgenden Wochen und Monaten im *New Yorker* publizierte, lieferten gewichtige Impulse für die sich rasch formierende #MeToo-Bewegung.

Dass diese Journalist*innen „powerful and wealthy sexual predators“ für „long-suppressed allegations of coercion, brutality and victim silencing“ zur Rechenschaft zogen und damit „a worldwide reckoning about sexual abuse of women“ initiierten, wie es in einer Mitteilung des Pulitzer-Preis-Komitees hieß, begründet, warum die *New York Times* und der *New Yorker* die Medaille für ihren „Dienst an der Öffentlichkeit“ bekamen, wobei es sich in diesem Fall offenkundig nicht bloß um eine nationale, sondern eine transnationale Öffentlichkeit handelte.

Mit dem massenhaften Protest gegen männliche sexuelle Gewalt, der nicht zuletzt aus den journalistischen Enthüllungen resultierte, setzt sich Susan Watkins in einem ebenso heterodoxen wie provozierenden Aufsatz auseinander, den die jüngste Ausgabe der **New Left Review** (Nr. 109) veröffentlicht. Unter der Überschrift „What Feminisms?“ stellt sich die Autorin, seit vielen Jahren Herausgeberin der *NLR*, die Aufgabe, herauszuarbeiten, was die Ermöglichungsbedingungen dafür gewesen sind, dass „the Hollywood cliché of the

lecherous producer in a flapping bathrobe, familiar at least since Scott Fitzgerald's day, could unleash a mass political phenomenon“.

Im Resultat münden ihre Studien in eine aufschlussreiche Bestandsaufnahme ganz unterschiedlicher Typen von Feminismus in globalem Maßstab. Auf über vierzig eng bedruckten Seiten skizziert Watkins insbesondere die Geschichte dessen, was sie als den erfolgreichen Aufstieg eines „global feminism“ charakterisiert. Es sei dieser globale Feminismus, der die historischen Voraussetzungen dafür geschaffen habe, dass die sexuellen Übergriffe eines widerwärtigen Filmproduzenten zum Anlass einer politischen Massenbewegung werden konnten. Watkins rekonstruiert diese Entwicklung nicht ohne kritische Vorbehalte, ist sie doch überzeugt davon, dass das Paradigma, innerhalb dessen #MeToo operiert, „and which gave political form to this powerful but inchoate upsurge of sexual discontent, was largely limited to a variation of the radical-feminist, anti-discrimination, criminal-justice approach“.

Dieser Ansatz eines Feminismus, der seinem Selbstverständnis nach primär gegen Diskriminierungen vorgeht und dabei auf die Unterstützung durch strafrechtliche Sanktionierungen setzt, verweist nach Watkins historisch auf die Kampagnen zurück, mit denen US-amerikanische Universitäten gegen sexuelle Übergriffe auf dem Campus mobilisiert hatten, nachdem sich nicht nur Bill Clinton, sondern auch Barack Obama für derartige Initiativen ausgesprochen hatten. Was Watkins an diesem primär strafrechtlich und anti-diskriminatorisch ausgerichteten Feminismus bedenklich findet, sind seine Priorisierungen: Während „preventive strategies that foregrounded practical, cultural and material support for women`s self-determination“ eher abgeschattet würden, gelte jede Anschuldigung wegen sexueller Belästigung „as de facto *bona fide*“ und der Fokus läge „on the post factum penalization of men“, wobei „spectacular punishment of some“ als Abschreckung „to all“ fungiere.

Man muss diese Bedenken nicht teilen, um Watkins sozialhistorisch, ja historisch materialistisch akzentuierte Rekonstruktion dieses, aus der „second wave“ des US-amerikanischen Feminismus hervorgegangenen Antidiskriminierungs-Feminismus dennoch mit großem Gewinn zu lesen. Ihr Anspruch zielt darauf, ein möglichst globales Panorama der unterschiedlichen Frauenbewegungen auszubreiten, die sich in den vergangenen vier Jahrzehnten entwickelt haben. Sie lassen sich nicht nur in Lateinamerika, Afrika und China beobachten, sondern in jüngster Vergangenheit auch in Europa, beispielsweise in Polen oder Italien. Was Watkins an einzelnen Strömungen dieser Feminismen gerade hervorhebt, ist deren programmatische Eigenständigkeit gegenüber dem „anti-discrimination approach“, der, wie bereits angemerkt, das Definitionsmerkmal des mittlerweile hegemonialen Mainstreamfeminismus darstellt.

Hegemonial konnte dieser Feminismus Watkins zufolge auch deshalb werden, weil ihn die Ford Foundation - weit über seine formative Phase in den siebziger Jahren

des vergangenen Jahrhunderts hinaus – mit erheblichen Summen im dreistelligen Dollarmillionenbereich unterstützt und auf internationaler Ebene gefördert hat. Dass es zu einer derart substanziellen Förderung kam, führt Watkins auf die Allianz zurück, die Antidiskriminierungsinitiativen in stabiler, nämlich institutionalisierter Gestalt mit dem Neoliberalismus eingehen konnten, nachdem sich bedeutsame programmatische Konvergenzen ergeben hatten. Das war spätestens der Fall als der in Chicago lehrende Ökonom Milton Friedmann und sein Schüler Gary Becker argumentierten, „sex discrimination“ sei „a costly constraint on productivity“. Damit lieferte die Chicago School das neoliberale Fundament für eine schließlich ökonomisch motivierte Version von Gleichberechtigung. Sie verbindet den Kampf gegen Diskriminierungen nicht nur mit der Vorgabe von Kennziffern, an deren Erreichen sich Gleichberechtigungsfortschritte ablesen lassen sollen, sondern auch mit der Begründung, es sei die Beseitigung der Benachteiligungen von Frauen, die Kosteneffizienz und Produktivitätssteigerung garantiere.

Noch die mit einem Wirtschaftsnobelpreis für den bengalischen Ökonomen Muhammad Yunus geadelte Praxis, die Vergabe von Mikro-Krediten zum Hebel zu machen, mit dem sich Frauen aus entwürdigender Abhängigkeit befreien können, leitet sich aus ökonomischen Kalkülen her, deren Wirksamkeit sich empirisch – wie Watkins zeigt – allerdings kaum bestätigen lässt: „Micro-credit was where global feminism and global finance came together to create a new ‚subprime frontier‘ valued at \$ 100 bn – ‚fighting poverty, profitably‘, as the Bill and Melinda Gates Foundation likes to say. The logic was that of private-sector affirmative action: a tiny loan would help a village basket-weaver or shanty-town seamstress to become a micro-entrepreneur, raising her family’s living standard, perhaps eventually generating new jobs, while paying a handsome return to her creditor. But evidence of any emancipatory effect for poor women is thin. [...] Micro-credit drew upon and reinforced existing gender relations, rather than challenging them.“ Dass diese und vergleichbare Initiativen in ihren angestrebten Wirkungen bescheiden ausgefallen sind, führt Watkins auf das „strategic model“ zurück, das dem Projekt des globalen Feminismus zugrunde liege: „‚bringing women into the mainstream‘ of the existing order, above all the business and professional strata.“

So richtet sie ihr Augenmerk auf die Feminismen, die – sei es in Lateinamerika oder in Südeuropa – links des üblichen politischen Spektrums mit anti-rassistischen und anti-kapitalistischen Forderungen hervortreten, das heißt anders als der globale Feminismus tatsächlich „redistributive economic policies, political democratization, sexual freedom, reproductive autonomy“ und „an end to violence against women“ verlangen. Es sind jene Frauenbewegungen, die ihren Einsatz für Gleichberechtigung auch in politische Forderungen nach einer „more egalitarian socio-economic order“ übersetzen, die Watkins’ Sympathie genießen.

Zu Martha C. Nussbaum äußert sich Susan Watkins nicht. Doch könnte sie die US-amerikanische Philosophin, die seit 1995 an der Universität von Chicago einen Lehrstuhl für Rechtswissenschaft und Ethik inne hat, trotz deren dezidiert liberalen Credos dennoch zu den von ihr favorisierten „socialist feminists“ rechnen, weil es

Nussbaum, wie Manuell Knoll in einem sachkundigen Porträt betont, mit Büchern wie *Women, Culture and Development* (1995) oder dem 1999 erschienenen *Sex & Social Justice* „weniger um weiße Frauen aus der Mittelschicht der USA“ geht, „sondern vor allem um arme Frauen in Entwicklungsländern, die mit Hunger, Analphabetismus und verschiedenen Diskriminierungen zu kämpfen haben.“

Bekanntlich hat Nussbaum in der Zusammenarbeit mit dem Ökonomen Amartya Sen, seinerseits mit einem Nobelpreis geehrt, ihren sogenannten „Fähigkeitenansatz“ entwickelt, der im Kern die naturrechtliche These vertritt, dass sich aus bestimmten Vermögen, die konstitutiv für menschliche Lebewesen seien, auch Anrechte ergeben, was die gesellschaftlichen Verhältnisse betrifft, die der Entwicklung und Entfaltungen solcher Fähigkeiten und Vermögen zu dienen haben. In seinem gut informierten Text, der in der jüngsten Ausgabe von **Information Philosophie** (1/2018) erschienen ist, stellt Knoll heraus, die Gerechtigkeit einer Gesellschaft oder Nation lasse sich nach Nussbaums Überzeugung „nicht danach beurteilen, ob sie in der Lage ist, ihren Bürgern Reichtum und andere Güter zu verschaffen, sondern ob sie es vermag, die Entfaltung einer Liste von zentralen Fähigkeiten sicherzustellen. Gelingt dies einer Regierung, was vor allem einen entwickelten Wohlfahrtsstaat mit einem umfassenden Gesundheits- und Bildungssystem voraussetzt, dann verhilft sie ihren Bürgern zu einem guten Leben.“ Nach dieser Definition würde die feministische Sozialdemokratin Nussbaum immerhin Watkins' Vorstellung genügen, wonach Gleichberechtigung ohne eine egalitäre sozio-ökonomische Ordnung undenkbar ist, die nicht nur in nationalem, sondern auch in globalem Maßstab zu verwirklichen wäre.

Übrigens empfiehlt sich diese Ausgabe von **Information Philosophie** für jede Soziolog*in, die einen Blick über die Gartenzäune der eigenen Disziplin werfen möchte, noch aufgrund eines weiteren Beitrags. Unter der Überschrift „Migration als Thema der Philosophie“ liefert Jekaterina Markow eine übersichtliche Darstellung der Diskussionen, die innerhalb der zeitgenössischen Philosophie über die normativen Aspekte von globalen Migrationsströmen geführt werden. Aufschlussreich ist ihre Synopse nicht nur, weil sie die gegenwärtig diskutierten Ansichten bündig darstellt und gegeneinander positioniert, sondern weil sie auch das Verhältnis solcher Kontroversen zu den Ansätzen ausleuchtet, „ die Migration vor allem als Erkenntnisproblem behandeln und danach fragen, was Migration eigentlich ist.“ Dabei handelt es sich eben nicht um normative, sondern um empirisch ausgerichtete Studien, die klären wollen, „welche nicht explizierten, möglicherweise kritikwürdigen Vorannahmen etwa über das Verhältnis von Nationalstaat und Migration, Migrant(inn)en und Bürger(inne)n in die vermeintlich neutrale Diagnose von ‚Migrationsphänomenen‘ eingehen.“ Da sich dieser „kritische Migrationsdiskurs“ insbesondere in nicht-philosophischen Fächern wie Soziologie, Politikwissenschaft, Interkultureller Pädagogik und Sozialer Arbeit formiert hat und dort weiterentwickelt wird, erbringt Markows empfehlenswerte Besichtigung der Themen- und Problemstellungen eine nicht unbedeutende Leistung: Sie lädt zu einem methodisch reflektierten, darin konstruktiven Grenzverkehr zwischen

normativer Reflexion, soziologischer Empirie und wissenschaftstheoretischer Selbstvergewisserung ein. Auch wenn uns aus dem Alltagsleben geläufig ist, dass sich Gläser selbst in schmutzigem Wasser reinigen lassen, kann man Markow für ihre klärende Kartierung eines epistemischen Geländes, das sich in seinen spezifischen Problem- und Fragestellungen nicht so ohne Weiteres erschließt, nur dankbar sein.

Wo wir schon bei Seitenblicken sind: Mit einer kleinen Verspätung, für die – nach dem Vorbild der Deutschen Bahn – „Verzögerungen im Betriebsablauf“ verantwortlich zu machen wären, ist dringend auf die vorletzte Ausgabe (5/2017) der **American Historical Review** hinzuweisen. Das Heft wartet mit einem Forum „Follow the Money: Banking and Finances in the Modern World“ auf, das für Soziolog*innen umso lesenswerter ist, als die Beschäftigung mit historischen und systematischen Aspekten eines angemessenen Verständnisses des Kapitalismus in den Geschichtswissenschaften momentan allem Anschein nach ausgefeilter ist als im Feld der Soziologie. Es besteht wohl Nachholbedarf. Dem Geld, genauer gesagt, dem sich ausbildenden Finanzwesen in seiner Bedeutung für ältere wie jüngere Veränderungen in der politischen Ökonomie sind drei originelle Abhandlungen auf der Spur. In dem ersten Aufsatz schlägt Glenda Sluga unter dem Titel „‘Who hold the Balance of the World?’ Bankers at the Congress of Vienna, and in International History“ ein bis dato eher unterbelichtetes Kapitel des Zusammenspiels zwischen Staatenbildung und Frühformen des Finanzwesens auf. Anders als üblich konzentriert sich Slugas Beschäftigung mit den langwierigen Verhandlungen, die abkürzend als „Wiener Kongress“ bezeichnet werden, nicht auf die Rolle von Politikern, die in heroischem Einsatz um eine Friedensordnung im post- napoleonischen Europa ringen, sondern auf den Beitrag, den transnational vernetzte Bankhäuser zu deren Formierung erbracht haben: „In the midst of a transforming capitalist economic order with its unpredictable rises and falls, money talked, and internationally networked bankers cultivated and entwined the norms we now characterize as the tenets of a liberal modern international order, not only humanitarianism, but also speculation.“

Diesem Beitrag schließt sich Vanessa Ogles Aufsatz „Archipelago Capitalism: Tax Havens, Offshore Money, and the State, 1950s-1970s“ an, der sich angesichts seiner Themenstellung keinen Augenblick lang mit dem Vorwurf beschäftigen muss, historiografische Spezialforschung zu bieten, der es an Gegenwartsbezug fehlt. Denn Ogle führt mit ihren wirtschaftshistorischen Recherchen zur Entstehung eines weitverzweigten kapitalistischen Inselsystems vor Augen, wie das Zusammenspiel von Politik und Finanzsystem ein „Niemandland“ schaffen konnte, das es kreativen Akteuren aus der Wirtschaft – unter tätiger Mithilfe engagierter Politiker – erlaubt hat, ihre Finanzgeschäfte dem Zugriff eines vermeintlich souveränen, seine Steuern effektiv eintreibenden Nationalstaats zu entziehen. Indem solche klandestinen Infrastrukturen etabliert wurden, entstanden sichere Häfen für einen störungsfreien, Räume und Zeiten übergreifenden Kapitalverkehr. Dieser transnational operierende Archipel-Kapitalismus sei, so Ogle, „a regular and integral rather than exceptional element of twentieth-century liberal-democratic

capitalism“ gewesen. Als ein in der Tat integrales Bestandsstück der kapitalistischen Welt, wie sie sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs formiert hatte, schuf ebendieses Archipel von Steuerparadiesen und Offshore Firmen freilich auch all die Bedingungen, die „eventually made it impossible for the old nation-state-based political-economic order to survive after the 1970s“. Es sind, mit anderen Worten, „concrete, conscious, and deliberate government decisions“ gewesen, die schließlich einer neuen, nämlich finanzialisierten Variante von Kapitalismus die Bahn gebrochen haben. „In the offshore world, lawyers, accountants, former spies, and diplomats and the business interests they represented created a testing ground and escape valve for certain elements of free market capitalism beginning in the 1950s and 1960s that would later move to Europe and North America.“

Schließlich wartet Lila Corwin Berman mit ihrer Studie „How Americans Give: The Financialization of American Jewish Philanthropy“ auf, die den bemerkenswerten Nachweis führt, dass es philanthropische Vereinigungen gewesen sind, die in den Vereinigten Staaten ökonomische und politische Praktiken einführten, die privates Kapital dazu ermächtigten, als ein Instrument des Staates aufzutreten, ihn gewissermaßen von seinen Fürsorgepflichten zu entlasten. Es waren Vertreter solcher Vereinigungen, die sich für eine „financialized state policy“ mit dem Argument stark machten, gerade die Finanzialisierung werde es kapitalistischem Wachstum gestatten „to fulfill democratic aspirations of serving the interests of a broad and diverse public.“ Solche Vorstöße haben in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dazu beigetragen, neu zu bestimmen, „how the American state provided for the good of its public.“ Sie haben, mit anderen Worten, zu noch viel engeren Verbindungen zwischen Kapitalismus und Demokratie geführt, „while loosening those that bound it to state-based social welfare.“

Unter dem sprechenden Titel „Appreciating Assets: New Directions in the History of Political Economy“ führt Jonathan Levy in seiner abschließenden Stellungnahme aus, warum es sich lohnt, die gewöhnlichen Hauptdarsteller wirtschaftshistorischer Darstellungen einmal auszutauschen. Konzentriert sich die historische Analyse nicht auf den Nationalstaat und seine klassischen Repräsentanten, sondern auf das Kapital und die Unternehmen, so öffnen sich neue Perspektiven für ein Verständnis des komplexen Zusammenspiels zwischen nationaler Souveränität, finanzieller Liquidität und den Wertschöpfungsprozessen, die auf bestimmten historischen Schauplätzen zunächst getestet werden, um sich, lassen sich die erwarteten Renditen realisieren, auszubreiten. Während Sluga zeigt, wie internationale Kapitalmärkte in den 1820er-Jahren Prozesse der Staatsbildung buchstäblich finanziert haben, beleuchtet Ogle, wie die Offshore Finanzplätze diejenigen Turbulenzen erzeugt haben, die in den 1970er-Jahren schließlich den Untergang eines nationalstaatlich eingefassten Industriekapitalismus alter Prägung besiegeln.

Traditionell wartet die **Zeitschrift für Soziologie** zu Beginn eines neuen Jahrgangs mit einem Editorial auf, das in aller Regel von einer der

Herausgeberinnen oder einem der Herausgeber abgefasst wird. Den 47. Jahrgang leitet im jüngsten Heft (1/2018) allerdings kein Mitarbeiter der Zeitschrift ein, sondern Richard Münch, vormals Lehrstuhlinhaber für Soziologie und heute „Emeritus of Excellence“ der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Sein Editorial liefert ein von Sorge getragenes Porträt des gegenwärtigen Zustandes der Soziologie. Es sind drei „Entwicklungstendenzen“, die den Autor beunruhigen. Der äußere Evaluationsdruck setze das Fach und seine akademischen Vertreter*innen unter einen solchen Produktionsdruck, dass nur noch „kurzatmige Forschung“ stattfinde. Das Genre der wissenschaftlichen Monografie sterbe deshalb aus. Die innere Ausdifferenzierung der Soziologie in Subdisziplinen erzeuge stetig wachsende „Spezialdiskurse“, die um sich selbst drehen, ohne dass es „wechselseitige Befruchtung durch neue Entwicklungen“ gäbe. Im Resultat könne eine Zeitschrift, die allen Teilgebieten der Soziologie eine Plattform bieten wolle, ihrem Anspruch eigentlich nicht mehr genügen. Tatsächlich führt die Beobachtung der fachinternen Kommunikation Münch an den Punkt, wo er ein „Nebeneinander unterschiedlicher Soziologien“ konstatiert. In dieser Situation sorgt nicht unbedingt Ignoranz, wohl aber die wechselseitige Indifferenz der koexistierenden Soziologien gegeneinander dafür, dass „keine Diskussion und kein Austausch“ mehr stattfinden. So bemerkt Münch wieder mit Blick auf die „Publikationskultur der Kernzeitschriften“, dass es „keine herausfordernden theoretischen Auseinandersetzungen“ mehr gäbe, es fehle „das Salz in der Suppe“.

Da Münchs Urteil wohl kaum zu widersprechen ist, leuchtet unmittelbar ein, dass seine Krisendiagnostik unter dem alarmierenden Titel „Soziologie in der Identitätskrise“ veröffentlicht wird. Der dazu gehörige Untertitel „Zwischen totaler Fragmentierung und Einparadigmenherrschaft“ spielt auf die dritte Entwicklungstendenz an, die Münch identifiziert. Weil sich die Disziplin in vielfältige Soziologien auflöst, hat sich eine Gegenbewegung zu Wort gemeldet: die sich aufzwingende Frage nach der Identität des Faches beantwortet die im letzten Jahr gegründete Akademie für Soziologie mit dem Vorschlag, „die Fragmentierung durch das einheitliche Forschungsprogramm einer empirisch-analytischen Soziologie zu überwinden.“ Aber gerade diese Strategie weckt bei Münch die größte Skepsis, läuft sie doch auf die Initiative hinaus, die Existenz des Faches durch „das Programm einer geschlossenen Einheitswissenschaft“ zu sichern, also dadurch, dass die wissenschaftliche Praxis der Soziologie einer „Einparadigmenherrschaft“ unterworfen wird. Sie würde dekretieren, dass sich die Soziologie dann und nur dann als empirische Wissenschaft betrachten darf, wenn sie sich im Verfahren ihrer Wissenserzeugung am deduktiv-nomologischen Modell von Hempel/Oppenheim orientiert. Dagegen führt Münch auf den Schultern der Argumente, mit denen ein noch sehr junger Jürgen Habermas bereits vor mehr als fünfzig Jahren in den Positivismusstreit eingegriffen hatte, nicht nur die These ins Feld, dass eine Exklusion idiografischer, also historisch-deskriptiver Methoden „das Erkenntnispotential der Soziologie halbieren“ würde. Vielmehr geht Münch noch weiter und stellt im Einklang mit dem radikalsten Vertreter des Kritischen Rationalismus, also mit Paul Feyerabend, heraus, „Monopole“ seien „der Tod des wissenschaftlichen Fortschritts“. In der Quintessenz kommt Münch zu dem Schluss, dass der erklärte Szientismus der neuen Akademie für Soziologie einer in die Krise

geratenen Soziologie eben die Ressourcen nähme, derer sie für ihre Wiedergeburt bedarf. „Mit dem Programm einer Einparadigmenherrschaft ohne Kontakt zur Vielfalt der soziologischen Forschungsrichtungen in ihrer eigenen Qualität wird man die großen Fragen des gesellschaftlichen Wandels in unserer Gegenwart nicht in befriedigendem Maße beantworten können.“

In seinem vielbeachteten Buch über den Populismus hat der in Princeton lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller die These vertreten, was populistische Bewegungen definiere, sei ihr geradezu konstitutiver Anti-Pluralismus. Überträgt man Müllers Definitionsversuch auf den gegenwärtigen Zustand der Soziologie in Deutschland, so könnte man geneigt sein, die dem Fach möglicherweise drohende Sezession auf eine Art populistischen Protest zurückzuführen. Er sucht die Zumutungen einer Disziplin abzuwehren, die sich – zumal in der Wirklichkeit ihres akademisch-universitären Daseins – gar nicht anders präsentieren kann denn als multi-paradigmatische Wissenschaft. Dass sie dieser, ihr eigene methodische Pluralismus zu einer gelegentlich wohl nur schwer zu ertragenden Ohnmacht gegenüber allen Tendenzen zur Selbstfragmentierung verurteilt, bezeichnet ein Dilemma, mit dem sich freilich nicht nur die Soziologie konfrontiert sieht.

Zitieren wir zum Abschluss deshalb aus der Einleitung eines viel beschimpften, ja geradezu verfemten Buches! „Es ist also klar, daß der Gedanke einer festgelegten Methode oder einer feststehenden Theorie der Vernünftigkeit auf einer allzu naiven Anschauung vom Menschen und seinen sozialen Verhältnissen beruht. Wer sich dem reichen, von der Geschichte gelieferten Material zuwendet und es nicht darauf abgesehen hat, es zu verdünnen, um seine niedrigen Instinkte zu befriedigen, nämlich die Sucht nach geistiger Sicherheit in Form von Klarheit, Präzision, ‚Objektivität‘, ‚Wahrheit‘, der wird einsehen, daß es nur *einen* Grundsatz gibt, der sich unter *allen* Umständen und in *allen* Stadien der menschlichen Entwicklung vertreten läßt. Es ist der Grundsatz: *Anything goes.*“
